

Zeitschrift: Der Armenpfleger : Monatsschrift für Armenpflege und Jugendfürsorge
enthaltend die Entscheide aus dem Gebiete des Fürsorge- und
Sozialversicherungswesens

Herausgeber: Schweizerische Armenpfleger-Konferenz

Band: 32 (1935)

Heft: 11

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Leistung eines laufenden Ersatzbeitrages bis zu Fr. 200.— pro Monat. Der Beklagte, der als Geschäftsinhaber ein Jahreseinkommen von Fr. 8200.— und ein Vermögen von Fr. 41 000.— versteuerte, lehnte das Begehren ab, da er zu keiner Beitragsleistung in der Lage sei. Sein Gesundheitszustand gestatte ihm nicht mehr, seinen Geschäften nachzugehen. Sein Vermögen sei in seinen beiden Liegenschaften investiert. Im übrigen sei er bereit, seinen Sohn bei sich zu beschäftigen; dieser hätte selber eine Verdienstmöglichkeit finden können.

II. Der Regierungsrat hieß die Klage des Bürgerlichen Fürsorgeamtes in vollem Umfange gut mit folgender Begründung:

Der Einwand des Beklagten, daß sein Sohn mit gutem Willen längst eine Verdienstmöglichkeit hätte finden können, ist nicht begründet, da die Arbeitsmarktlage für Maler auf dem hiesigen Plage äußerst ungünstig ist. Seit Monaten sind Hunderte von Malern arbeitslos. Es bleibt somit nur noch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Beklagten zu prüfen. Da dieser selbständig Erwerbstätiger ist, muß zur Beurteilung dieser Frage auf die Steuererklärung abgestellt werden. Darnach betrug das Einkommen pro 1932 Fr. 8200.— und das Vermögen Fr. 41 000.—. Unter diesen Verhältnissen ist die finanzielle Leistungsfähigkeit des Beklagten gegeben. Wenn dieser einwendet, daß sein Vermögen in Liegenschaften investiert sei, so kann dies zu keinem andern Entscheid führen; denn es wäre unbillig, den Beklagten deswegen besser zu behandeln als denjenigen, der sein Vermögen in Wertpapieren angelegt hat. Es kann daher dem Beklagten zugemutet werden, dem Bürgerlichen Fürsorgeamt den Betrag von Fr. 355.50 zu ersetzen und laufende Beiträge bis zu Fr. 200.— pro Monat zu zahlen. Sofern der Beklagte seinen Sohn bei sich beschäftigen kann, darf er den diesem bezahlten Lohn an den laufenden Unterstützungsleistungen unter Anzeige an das Fürsorgeamt in Abzug bringen. In dieser Erwägung gelangt der Regierungsrat zur Gutheißung der Klage.

Bern. Wohnsitzstreitigkeiten. Krankheit und Wohnsitz.

„I. Krankheit und Arbeitsunfähigkeit schließen an und für sich den Erwerb eines neuen Wohnsitzes nicht aus. — II. Als Pflegeaufenthalt im Sinne von Art. 110 des Gesetzes vom 28. November 1897 gilt ein Aufenthalt, der eigens zum Zwecke der Wiederherstellung der Gesundheit gewählt worden ist.“ (Entscheid des Regierungsrates vom 9. November 1934.)

Aus den Motiven: Aus den gemachten Angaben darf geschlossen werden, daß bei Lina K. in den ersten Monaten nach dem ersten Einzug in B. zwar keine schwere Krankheit, wohl aber eine Erholungsbedürftigkeit und eine Verminderung der Arbeitsfähigkeit vorhanden war. Dies gibt jedoch ihrem damaligen Aufenthalt in B. noch nicht den Charakter eines Pflegeaufenthaltes. Der Regierungsrat hat mehrfach entschieden, daß Krankheit und Arbeitsunfähigkeit an sich den Erwerb eines neuen Wohnortes nicht ausschließen. Zu einem unter Art. 110 A. u. N. G. fallenden Pflegeaufenthalt kann vielmehr nur ein solcher Aufenthalt gerechnet werden, der eigens zum Zwecke der Wiederherstellung der Gesundheit gewählt worden ist. (Monatschrift Bd. XXXIII, Nr. 84.)

Mutter und Kind und Wohnsitzfrage.

„I. Ein Kind folgt bei der Wiederverheiratung seiner Mutter nur dann dem Stiefvater im Wohnsitz, wenn es nicht auf dem Etat der dauernd Unterstützten steht oder stehen sollte. — II. Die Unterlassung eines Etatvorschlages trotz vorhandener Voraussetzungen ist eine Umgehung der gesetzlichen Ordnung, und deren Folgen sind nichtig. — III. In normalen Verhältnissen gilt der Grundsatz, daß eine arbeitsfähige Mutter wenigstens ein Kind erhalten können soll. (Entscheid des Regierungsrates vom 9. November 1934. (Monatschrift Bd. XXXIII, Nr. 83.)

Wohnsitzwechsel und Etataufnahme.

„I. Der Einwand, daß ein Wohnsitzwechsel deshalb ausgeschlossen sei, weil er in die Zeit der Vorbereitung einer Etataufnahme der betreffenden Person oder

ihrer Angehörigen falle, ist unstichhaltig. — II. Eine Etataufnahme darf nur in der Gemeinde des jeweiligen Wohnsitzes erfolgen. — III. Es ist nicht Voraussetzung für die Etataufnahme, daß dieser Unterstüzungen aus der Spendkasse vorausgehen, sondern es genügt, wenn einwandfrei dauernde Unterstüzungsbedürftigkeit konstatiert wird.“ (Entscheid des Regierungsrates vom 18. September 1934.)

Aus den Motiven: Wohl ist nach eigenem Geständnis der Armenbehörde Ri. richtig, daß sie bis zum Stattermin um keine Unterstüzung für das in Rede stehende Kind angegangen wurde, oder eine solche geleistet hat, während es im allgemeinen Regel und Praxis ist, daß einer Etataufnahme Unterstüzungen aus der Spendkasse während einer gewissen, nicht zu kurzen Zeit vorauszu gehen haben. Absolutes Erfordernis ist eine solche vorausgegangene Unterstüzungsart aber nicht, sondern es genügt, wenn zur Zeit der Etatfeststellung dauernde Unterstüzungsbedürftigkeit einwandfrei konstatiert werden muß. Im vorliegenden Falle geht übrigens aus den Akten hervor und ist unbestritten, daß Unterstüzungen aus der Spendkasse, d. h. Zahlungen eines angemessenen Kostgeldes an die Großeltern des Kindes, die selber in sehr prekären Verhältnissen leben, durchaus am Platze gewesen wären und ohne Zweifel hätten gewährt werden müssen, wenn sie begehrt worden wären... Auch der zweite Einwand der Gemeinden Ri. und Rü., daß der in Rede stehende Wohnsitzwechsel deshalb ausgeschlossen sei, weil er in der Zeit der Vorbereitung zur Etataufnahme fiel, ist unstichhaltig. Die Annahme, daß diese Vorbereitungen für die betreffenden Personen gewissermaßen eine wohnsitzrechtliche Karenzzeit zur Folge hätten, findet im Gesetz keine Stütze und ist abzulehnen. Bereits wiederholt ist entschieden worden, daß eine — in jeder Beziehung rechtswirksame — Etataufnahme nur in der Gemeinde des materiellen Wohnsitzes erfolgen dürfe und daß ein anderes Vorgehen eine Umgehung der gesetzlichen Ordnung bedeute, die in der Folge zu korrigieren sei, möge diese Umgehung eine bewußte oder unbewußte gewesen sein... (Monatschrift Bd. XXXIII, Nr. 46.)

Gefängnisstrafe und Wohnsitz.

„Die Einwohnungsfrist wird durch eine verhältnismäßig kurze Abwesenheit, insbesondere durch Verbüßung einer kurzen Gefängnisstrafe, nicht unterbrochen.“ (Entscheid des Regierungsrates vom 21. September 1934.)

Motive: Der Verhaftung des R. vom 24. September 1932 ging eine bloß vierzehntägige Abwesenheit in der Gemeinde L. voraus, die zur Begründung des polizeilichen Wohnsitzes nicht ausreichte. Die Untersuchungs- und Strafhaft vom 24. September bis 27. Oktober fällt als Aufenthalt in einer Strafanstalt gemäß Art. 110, Absatz 3 A. u. MG. für eine wohnsitzbegründende Einwohnung außer Betracht. Der zweite Aufenthalt vom 27. Oktober bis 13. November konnte nach seiner Dauer für sich allein den polizeilichen Wohnsitz ebenfalls nicht begründen. Die städtische Polizeidirektion von B. begründet ihr Einschreibungsbegehren damit, daß sie die beiden Aufenthalte des R. als zu einer einheitlichen, durch die Haft nicht unterbrochenen Einwohnung gehörend zusammenzieht. Sie beruft sich dabei auf den Entscheid des Regierungsrates vom 5. Juni 1931. Der Regierungsrat hat in diesem Entscheid seine feststehende Rechtsprechung bestätigt, daß eine verhältnismäßig kurze Abwesenheit die Einwohnungsfrist nicht unterbricht und daß deshalb auch die Verbüßung einer kurzen Gefängnisstrafe den Lauf der Einwohnungsfrist nicht beeinflusst. Im heutigen Falle aber kann die Unterbrechung nicht mehr als verhältnismäßig kurze bezeichnet werden; sie dauerte 36 Tage. Der Amtsverweiser hat deshalb das Einschreibungsbegehren mit Recht abgewiesen... (Monatschrift Bd. XXXIII, Nr. 48.)